

Berichte und Hintergründe zu den Plenarthesen der 24. Tagung im Januar 2012 (17. Wahlperiode) sowie Aktuelles aus dem Landeshaus
- Redaktionsschluss: 10. Februar 2012 -

Bildungspolitik

- Die Diskussion um Lehrerstellen gewinnt an Schärfe
- Schulen sollen verstärkt eigenverantwortlich handeln
- Weiterbildung und • Nachwuchs an Hochschulen im Blick
- Sektion Sexualmedizin soll erhalten bleiben
- Landtag will das Kooperationsverbot kippen

3 | 4 | 5

Jagdgesetz / Tierhaltung

- Jäger gehen nach neuen Regeln auf die Pirsch
- Antibiotika in der Diskussion

6

Elbvertiefung / Kernkraftwerke

- Mehrheit für raschen Beginn der Baggerarbeiten
- Reichen die Finanzmittel für den Rückbau?

7

Wirtschaftspolitik

- Konjunkturpaket II hat Krise abgemildert
- Erneuter Vorstoß für neue Tariftreue-Regelung

8

Neonazi-Aufmarsch / Sozialticket

- Wie ist ein rechtstaatliches Verbot hinzubekommen?
- Sozialpolitische Träumerei oder Hilfe für Bedürftige?

9

Kultur / Petitionsausschuss

- Landtag sorgt sich um Zukunft des Landestheaters
- Immer mehr Eingaben per Online-Verfahren

10

Themen ohne Aussprache

11 | 12

Europäische Kulturhauptstadt 2017

Sonderburg setzt zum Endspurt an

13

Norddeutsche Kooperation / Meldungen

Enquetekommission legt Abschlussbericht vor

14

Porträt / Personalien / Impressum

Der "Neue": Jörg Nickel (Grüne)

15

Holocaust-Gedenktag / Vorschau

Landtag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus
Islam-Ausstellung im Landeshaus

16

Die nächste Plenartagung findet vom 22. bis 24. Februar 2012 statt. Aktuelle Informationen zu den Beratungsthemen erhalten Sie wie immer im Internetangebot unter **plenum-online**. Die Februar-Ausgabe wird am Dienstagnachmittag gegen 16:00 Uhr ins Netz gestellt. Sie finden dort unter anderem den aktuellen Zeitplan, Vorberichte zu den Debattenthemen sowie Verlinkungen zu den Drucksachen und zum ParlaTV.

➤➤➤ www.sh-landtag.de

Titelfoto: Unser Titelfoto zeigt einen Ausschnitt eines Posters mit Wimmelbild, das auf der Rückseite kindgerecht über den Landtag informiert – und sich großer Nachfrage erfreut. Zudem werden das schleswig-holsteinische Wappen, die Landesflagge und das Schleswig-Holstein-Lied näher erläutert, und ein Suchspiel sorgt für Unterhaltung. Das Poster kann kostenlos – auch im Klassensatz – bei der Öffentlichkeitsarbeit des Landtages bestellt werden. Tel.: 0431-988/1163 oder E-Mail: bestellungen@landtag.ltsh.de (Illustration: www.neuekoordinaten.de)



Jörg Nickel legt Eid ab Grünen-Politiker nimmt Kurzeit-Mandat an

Zum Auftakt der Januar-Tagung ist Jörg Nickel als Mitglied des Landtages von Parlamentspräsident Torsten Geerds verpflichtet worden. Der 44-jährige promovierte Meeresbiologe aus Kiel nimmt in der Grünen-Fraktion den Platz des zurückgetretenen Thorsten Fürter ein.

Fürter hatte sein Mandat niedergelegt, nachdem ihn seine Partei mit Blick auf die Landtagswahl im Mai nicht wieder für einen vorderen Listenplatz nominiert hatte.

Legt ein Abgeordneter sein Mandat nieder, so rückt ein Kandidat von der Landesliste nach. Nickel, zuletzt stellvertretender Pressesprecher der Grünen-Fraktion, wird als "Kurzeit-Parlamentarier" in die Landesgeschichte eingehen – zur Landtagswahl am 6. Mai tritt er nicht wieder an.

Die Ableistung des Abgeordneten-Eides ist eine schleswig-holsteinische Besonderheit. Im Bundestag und in den meisten anderen Landesparlamenten ist ein Eid nicht vorgesehen.

Hinweis: Jörg Nickel im Porträt, S. 15 ■

Nach Ton-Panne: Neue Anlage für den Plenarsaal?

Die Januar-Sitzung des Landtages begann mit fünfständiger Verspätung. Weil die Tonanlage im Plenarsaal defekt war, konnten die Abgeordneten am Mittwoch, 25. Januar, dem ersten der drei Sitzungstage, erst um 15 Uhr statt wie geplant nach der Vereidigung von Jörg Nickel (s. Artikel oben) um kurz nach 10 Uhr mit den Beratungen beginnen.

Trotz eines vorherigen Testlaufs der Anlage war die Stimme von SPD-Fraktionschef Ralf Stegner, dem ersten Redner des Tages, nur verzerrt zu vernehmen. Die stark beanspruchten, neun Jahre alten Mikrofone und Lautsprecher waren zuletzt immer wieder ausgefallen. Nun ist Abhilfe in Sicht: „Der Landtag beabsichtigt, eine neue Lautsprecheranlage für den Plenarsaal zu beschaffen“, erklärte Landtagsdirektor Utz Schliesky Anfang Februar.

Während der fünfständigen Wartezeit waren Tech-



Ein Techniker der GMSH arbeitet mit Hochdruck, um die ausgefallene Tonanlage wieder auf Vordermann zu bringen. In den Mittagsstunden war es geschafft, und am Nachmittag konnte die Sitzung wieder ihren gewohnten und 'hörbaren' Gang nehmen.

niker der landeseigenen Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) angerückt, die für den Betrieb der Tonanlage zuständig ist. Sie installierten ein zusätzliches Mikro und einen Reservelautsprecher. Mit diesem Provisorium lief die Sitzung dann störungsfrei bis zum Freitagabend. ■

Disput um Lehrerstellen / Koalition demonstriert Einigkeit:

Klug-Papier überrascht die eigenen Reihen – Opposition fordert Nachtragshaushalt

Gut drei Monate vor der Landtagswahl sind die unterschiedlichen Vorstellungen von Koalition und Opposition in der Bildungspolitik erneut heftig aufeinandergeprallt. Auslöser der über zweistündigen Kontroverse im Landtag: Bildungsminister Ekkehard Klug (FDP) hatte kurz vor der Sitzung im Alleingang ein Papier verbreitet, in dem er laut der Nachrichtenagentur dpa den Erhalt von 453 Lehrerstellen gefordert hat – trotz anderslautender Sparbeschlüsse des schwarz-gelben Regierungslagers. Das

hatte innerhalb der Koalition für Irritationen gesorgt. Der Partner CDU pochte auf den vereinbarten Sparkurs, und auch aus den Reihen der Liberalen kam Kritik am eigenen Minister. Die Opposition nahm den Disput zum Anlass, ihre Forderung aus dem Dezember zu wiederholen und auf den Erhalt von 300 „dringend benötigten“ Lehrerstellen zum nächsten Schuljahr zu drängen. Letztlich scheiterte aber dieser Vorstoß am Nein von CDU und FDP – auch Minister Klug stimmte dagegen.

sieben Prozent eines Jahrgangs zu senken, die Lehrerausbildung zu verbessern und die Schulsozialarbeit sowie die Begabtenförderung auszubauen. „Eigenlob“, aber nichts Konkretes, urteilte Anke Erdmann (Grüne): Klug fahre jetzt lediglich die „Ernte“ vieler rot-grüner Programme ein, mit denen er in Wirklichkeit „nichts zu tun“ habe.

Bis 2020 sollen laut den Koalitionsplänen insgesamt 3.650 Lehrerstellen wegen rückläufiger Schülerzahlen wegfallen. 300 waren es bereits zu Beginn des laufenden Schuljahres. Weitere 300 sollen im Sommer folgen. Das Klug-Papier stellte Letzteres allerdings infrage. „Ich stehe zum wesentlichen Ziel dieser Koalition, der Haushaltskonsolidierung“, betonte Klug im Landtag. Er sei aber „aufgefordert“ gewesen, „Vorschläge für die Verbesserung der Bildungsqualität vorzulegen und gegebenenfalls aufzuzeigen, wo es Nachbesserungsbedarf gibt“. Solche „inhaltlich begründeten Vorschläge“ habe er nun präsentiert, so Klug, „nicht mehr und nicht weniger“.

Die Union formulierte ihre Bedenken gegen Klugs Kurs nur verhalten. Es habe sie „einigermaßen überrascht“, merkte die CDU-Abgeordnete Heike Franzen an, dass der Minister sein

Vorschlagspapier über die Medien verbreitet habe, ohne dass es zuvor innerhalb der Koalition eine Absprache gegeben habe.

FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki bezeichnete Klugs Vorgehen als „suboptimal“. In der Sache stellte sich Kubicki aber hinter seinen Parteifreund: Wenn es „mehr Luft“ im Haushalt gebe, dann müsse sich die Koalition „zusammensetzen und schauen“, ob wieder mehr Geld in die Bildung fließen könne. Bereits im Dezember hatte der FDP-Landesparteitag gefordert, die 300 Lehrerstellen zu bewahren. Auch das hatte bei der CDU für Verstimmung gesorgt. Zur Finanzierung verwiesen die Liberalen auf höhere Steuereinnahmen und günstige Schuldzinsen.

Nach Meinung der Opposition hat die FDP-Forderung nach mehr Lehrern vor allem wahltaktische Gründe. Grünen-

Fraktionschef Robert Habeck warf der Koalition vor, „Popanz und Show“ zu veranstalten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner sprach von „Inszenierung“, und Anke Spoorendonk (SSW) nannte das Klug-Papier einen „Versuch, die Erfolgsbilanz des Ministeriums noch etwas aufzuhübschen“. Bei der abschließenden namentlichen Abstimmung hielten CDU und FDP indes zusammen und lehnten den Oppositionsantrag auf einen Nachtragshaushalt für die 300 Lehrerstellen geschlossen ab.

Klug zieht Erfolgsbilanz/ Opposition: „Eigenlob“

Zugleich zog der Minister eine erfolgreiche Bilanz seiner bisherigen Amtszeit: „Wir haben vieles erreicht, was in den Jahren vorher nicht denkbar und nicht machbar gewesen ist.“ So sei es gelungen, die Zahl der Schulabbrecher von zehn auf

Martin Habersaat (SPD) und Björn Thoroer (Linke) warfen der Koalition vor, die Gemeinschaftsschulen zu vernachlässigen. So habe Klug diesen Schulen „die Hälfte ihrer Differenzierungsstunden gestrichen“ und damit „Zoff vor Ort“ verursacht, klagte Habersaat. Und Thoroer wies darauf hin, dass in Schleswig-Holstein nur 33 Prozent eines Jahrgangs Abitur machten, während es in Hamburg 48 Prozent seien. Daher sei es falsch, dass der Minister die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen erschwert habe.

Demgegenüber hielt Cornelia Conrad (FDP) der SPD vor, sie habe durch ihre „ideologische“ Bildungspolitik einen „Scherbenhaufen“ an den Schulen hinterlassen. Schwarz-Gelb habe stattdessen „die Wünsche von Schülern, Eltern und Lehrern ernst genommen“ und einen neuen „Schulfrieden“ geschaffen.

(Drucksache 17/2156neu) ■

Kurz behandelt

Bildungsföderalismus: Union und Liberale haben Anträge von Grünen und Linken abgelehnt, in denen unter anderem ein länderübergreifender Bildungsrat gefordert wurde. Die schwarz-gelbe Koalition folgte stattdessen einem Entschließungsantrag des Bildungsausschusses, der auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei der Schulsozialarbeit und den Ganztagsangeboten setzt.

(Drucksachen 17/1602, /1739, /2179) – Debatte bei Antragstellung: Landtagszeitung 07/2011



Bildungsminister Ekkehard Klug (FDP) verteidigte seinen Lehrstellen-Vorstoß. Trotz der klammen Landeskassen habe er im Bildungsbereich „noch ein paar Wünsche“ offen, für die er kämpfen wolle.



Die Abgeordnete der Union Heike Franzen betonte: „Natürlich steht auch die CDU dafür, wenn es Luft gibt, bezahlbare und sinnvolle Maßnahmen im Bereich der Bildungsqualität zu finanzieren“



Martin Habersaat (SPD) rief die Regierung auf, das Problem Unterrichtsausfall ernster zu nehmen: „Eltern empfinden eine Stunde dann als ausgefallen, wenn der zuständige Fachlehrer sie nicht gibt“

Eigenverantwortung der Schulen:

Führt mehr Eigenständigkeit zu besseren Lernerfolgen?

Mehr Eigenverantwortung vor Ort, weniger Vorschriften aus Politik und Verwaltung: Unter diesem Motto sollen die Lernerfolge an Schleswig-Holsteins Schulen verbessert werden. Das betonte Bildungsminister Ekkehard Klug (FDP) in einem Bericht. Ein Beispiel ist die Wahlfreiheit, ob eine Unterrichtsstunde 45 oder 60 Minuten dauert. Und: Über eine Online-Jobbörse können die Schulen freie Stellen „bundesweit ausschreiben und zielgerichtet nachbesetzen“. Die Opposition warf Klug vor, die Verantwortung für eine falsche Bildungspolitik abwälzen zu wollen.

Die Politik solle sich darauf beschränken, Ziele zu setzen und Bildungsstandards vorzugeben, hatte Minister Klug vor der Kritik der Opposition betont. Für den Kurs, „von der zentral vorgegebenen Einheitlichkeit abzurücken“, habe er „ermutigende Rückmeldungen“ von den Schulen bekommen, sagte der Minister. „Wir wollen weniger Bildungspolitik und dafür mehr Bildung“, unterstrich

die Unionspolitikerin Heike Franzen, während Cornelia Conrad von den Liberalen betonte, dass die Schulen ihr Angebot „passgenau“ an die örtlichen Gegebenheiten angleichen könnten.

Die vermeintliche Wahlfreiheit habe ein „Bildungschaos pur“ verursacht, entgegnete Ralf Stegner (SPD). Er kündigte an, das derzeitige Nebeneinander des acht- und neunjährigen Gymnasiums abzuschaffen, sollte

Weiterbildungsgesetz sorgt für Unmut bei der Opposition

Weiterbildungseinrichtungen in Schleswig-Holstein müssen künftig für die Anerkennung von Qualifizierungen und Kursen eine Gebühr zahlen. Das sieht das mit den Stimmen von CDU und FDP verabschiedete Weiterbildungsgesetz vor. So läuft die Anerkennung der jährlich rund 3.000 Fortbildungsangebote nicht mehr über das Land, sondern über die Investitionsbank. Während Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) insgesamt von „einem Beitrag zur Verbesserung der Weiterbildung“ sprach, beklagte die Opposition ein „Weiterbildungs-Abbaugesetz“.

Laut dem neuen Gesetz, das das bisherige Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz von 1990 ersetzt, müssen Weiterbildungseinrichtungen wie Volkshochschulen oder Akademien künftig pro Lehrgang, den sie als Qualifizierung anerkennen lassen wollen, eine Gebühr in Höhe von maximal 70 Euro an die I-Bank bezahlen. Im Wissenschaftsministerium sollen dafür anderthalb Planstellen wegfallen.

„Dieses Gesetz ist ein untauglicher Versuch, die Weiterbildung grundsätzlich in Richtung zukünftiger Erfordernisse zu regeln“, kritisierte Hans Müller (SPD). Er störte sich vor allem an dem Passus, dass beim Weiterbildungsträger mindestens eine Person hauptamtlich eine pädagogisch-konzeptionelle Stelle besetzen soll: „Das wird für viele bewährte Weiterbildungsangebote bestandsgefährdend sein.“ „Unterm Strich bleibt ein Etikett-

tenschwindel“, da es vornehmlich um die Ausgliederung von Aufgaben aus dem Ministerium gehe, schloss sich Ines Strehlau (Grüne) der Kritik an. Ähnlich äußerten sich der Linken-Abgeordnete Uli Schippels und die SSW-Vorsitzende Anke Spoorendonk. „In Sachen Weiterbildung krebst die Regierung mit ihrem neuen Gesetz wie ein Ackergaul auf einem Feldweg entlang“, so Spoorendonk.

Redner der Union und der Liberalen lobten hingegen das neue Regelwerk als „modern, transparent und effektiv“. Kirstin Funke (FDP) betonte, dass durch den Wegfall der Berichtspflicht gegenüber dem Landtag über

die Durchführung des Gesetzes Bürokratie abgebaut werde.

(Drs. 17/1854, /2174) ■

Marion Herdan (CDU): „Die Landesregierung setzt mit der Novellierung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes unter dem neuen Titel 'Weiterbildungsgesetz' einen weiteren wichtigen Akzent im Bildungsbereich“



seine Partei nach der Landtagswahl die Regierung stellen. Anke Erdmann (Grüne) kritisierte den Online-Stellenmarkt. Klug verfare hier nach dem Prinzip: „Liebe Schulen, seht selber zu, wie Ihr zu den Lehrern kommt.“ Es sei gerade in ländlichen Gegenden schwierig, passendes Personal zu finden, etwa einen „Physiklehrer nach Sylt“ zu locken.

Björn Thoroë (Linke) sprach von einer „Mogelpackung“, und Anke Spoorendonk (SSW) argwöhnte, die Koalition strebe eine Rückkehr zur „Schularten-Trennung“ an. „Hier ist Eigenverantwortung nur das neue Etikett für das Ende der gemeinsamen Beschulung“, so Spoorendonk.

Der Bildungsausschuss berät den Bericht weiter. (Drs. 17/1953, /2138) ■

Nachwuchs an den Hochschulen

Der Landtag will die Beschäftigungssituation von Nachwuchswissenschaftlern einer kritischen Analyse unterziehen. Die Abgeordneten reagierten damit auf einen Antrag der Linken, auf dessen Grundlage im Bildungsausschuss weiterdiskutiert wird.

Die Linke hatte unter anderem gefordert, für Zeitverträge der Wissenschaftler eine Mindestlaufzeit von einem Jahr festzuschreiben und sogenannte Kettenbefristungen abzuschaffen. Dieser konkreten Forderung mochte eine breite Mehrheit allerdings nicht folgen: Vertragsverhandlungen seien Sache der Hochschulen und der Bewerber, konstatierten Redner von CDU, SPD und FDP. Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) wies darauf hin, dass Dauerstellen dazu führen würden, anderen die Chance auf Qualifizierung und wissenschaftliche Ausbildung zu nehmen.

Björn Thoroë (Linke) beklagte dagegen: Durch die Unterfinanzierung der Unis und die „prekäre Beschäftigung“ für 85 Prozent der Wissenschaftler würde die Landesregierung die Abwanderung von wissenschaftlichen Fachkräften in Kauf nehmen. An Schleswig-Holsteins Hochschulen arbeiten nach einem Bericht der Landesregierung insgesamt 2.028 Personen im wissenschaftlichen Bereich. Darunter sind neben den gut 1.000 Professoren insgesamt 956 Doktoranden oder wissenschaftliche Mitarbeiter. Weitere Hauptredner: D. Günther (CDU), M. Habersaat (SPD), K. Funke (FDP), R. Andresen (Grüne), A. Spoorendonk (SSW) / (Drucksache 17/2186neu) ■

Sexualmedizin soll in Kiel erhalten bleiben

Obwohl sie rote Zahlen schreibt, soll die Sektion für Sexualmedizin am Kieler Universitätsklinikum (UKSH) erhalten bleiben. Der Landtag war sich einig, dass Aufgaben wie die Behandlung von Patienten mit sexuellen Problemen, die Therapie von Sexualstraftätern und Präventionsprojekte für Pädophile weiter wahrgenommen werden müssen. Begleitet von Protesten vor dem Landeshaus (Foto rechts) gab es aber Streit, wer zuvorderst für den dauerhaften Fortbestand in der Verantwortung steht. Während die Opposition die Landesregierung in der Pflicht sah, setzten CDU und FDP durch, das UKSH zu bitten, die bisherigen Aufgaben fortzuführen.



Das Kieler Institut ist das einzige seiner Art in Schleswig-Holstein. In den vergangenen Jahren wurden laut Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) jährlich rund 150.000 Euro Minus gemacht. Seinen Worten zufolge prüfe das UKSH derzeit, die Sexualmedizin aus der Urologie herauszulösen und in das Zentrum für Integrative Psychiatrie einzugliedern. Das sei „aus fachlicher Sicht“ plausibel, außerdem würden dort „bessere Abrechnungsmöglichkeiten für sexualmedizinische Leistungen“ bestehen, so der Minister.

Während SPD-Hochschulpolitiker Jürgen Weber kritisierte, dass die Verantwortung für die Sektion monatelang zwischen Universität, Klinikum und Wissenschaftsministerium „hin- und hergespielt“ worden sei, betonte sein Kollege in den Reihen der Union, Daniel Günther, dass die Hochschulen „frei und autonom“ in ihren Entscheidungen seien.

Weitere Hauptedner: K. Funke (FDP), R. Andresen (Grüne), H.-W. Jezewski (Linke), A. Spoorendonk (SSW) / (Drucksachen 17/2155neu, /2206)

Landespolitik einig: Bund ist bei der Bildungsfinanzierung in der Pflicht

Aber: Opposition wirft Schwarz-Gelb „Arbeitsverweigerung“ vor

Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe – deswegen muss der Bund bei der Finanzierung mit ins Boot geholt werden, damit die Schulen und Hochschulen in klammen Ländern wie Schleswig-Holstein nicht abgehängt werden. Hierüber herrscht Einigkeit im Landtag. Das bisherige System werde „nicht mehr dem gerecht, was wir in Deutschland brauchen“,

stellte die CDU-Abgeordnete Heike Franzen fest. Die Forderung aus dem Norden: Das sogenannte Kooperationsverbot soll aus dem Grundgesetz gestrichen werden. Dieser Passus erschwert seit 2006 die Finanzierung von Schule, Forschung und Lehre aus dem Bundeshaushalt. Die Opposition übte aber auch scharfe Kritik an der Landesregierung.

Nachdem Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) und Bildungsminister Ekkehard Klug (FDP) am Vortag der Landtagsdebatte eine entsprechende Bundesratsinitiative zur Aufhebung des Verbots angekündigt hatten, warf SPD-Fraktionschef Ralf Stegner der Koalition vor, sie habe dies drei Monate vor der Landtagswahl aus taktischem Kalkül getan.

Stegner, der die Aktuelle Stunde zum Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte, erinnerte daran, dass der Landtag sich bereits Ende 2010 für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes ausgesprochen hatte. Es sei ein „Ausdruck von Arbeitsverweigerung“, dass die Landesregierung erst jetzt aktiv werde. Anke Spoorendonk (SSW) unterstellte der Landesregierung in diesem Zusammenhang eine „Missachtung des Parlaments“.

Wissenschaftsminister de Jager wies die Vorwürfe zurück und bescheinigte Stegner „eine beklagens-

werte Zurschaustellung von Scheinriesentum anstelle von Substanz“. Die Sozialdemokraten hätten auf Bundesebene keine konkrete Vorstellung, wie das Kooperationsverbot gestrichen werden kann, ohne gleichzeitig in einen neuen Wettbewerb einzutreten, bei dem Schleswig-Holstein den Kürzeren gegenüber reichen Süd-Ländern ziehen würde. Und FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki betonte den Grundsatz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“. Es gehe darum, eine rechtssichere Formulierung im Grundgesetz zu erarbeiten und eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat für die Verfassungsänderung zu organisieren.

Ines Strehlau (Grüne) und Björn Thoro (Linke) übten grundsätzliche Kritik am deutschen Bildungsföderalismus mit seinen 16 Schul- und Hochschulsystemen. So müsse die Kultusministerkonferenz Ergebnisse liefern, „sonst ist sie überflüssig“,

sagte Strehlau, während Thoro mahnte: „Wer an das Kooperationsverbot ran will, muss auch den Bildungsföderalismus in Frage stellen.“ Bildungsminister Klug hob hingegen hervor, dass die parteiübergreifende Zusammenarbeit der 16 Kultusministerien sich deutlich verbessert habe, und dass es anders als noch vor wenigen Jahren immer öfter „eine gemeinsame Linie der Länder“ gebe.

Laut Kooperationsverbot darf sich der Bund im Wissenschaftsbereich nur an zusätzlichen Aufgaben beteiligen. Für die Basisfinanzierung der Hochschulen sind allein die Länder zuständig. So erhielt Schleswig-Holstein nach Angaben der Landesregierung für den Hochschulbau von 2000 bis 2005 im Jahresdurchschnitt 25,7 Millionen Euro. Derzeit sind es nur noch 17,75 Millionen Euro. Der Bundesrat hat die Kieler Initiative nach erster Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Jäger gehen nach neuen Regeln auf die Pirsch

Bleimunition weiter erlaubt

Die Koalitionsfraktionen haben in Zweiter Lesung nach einer heftigen Kontroverse ihr Jagdgesetz durch den Landtag gebracht. Während Redner von CDU und FDP von einem „vernünftigen“ Gesetz für Mensch und Natur sprachen, kritisierte die Opposition eine einseitige Bevorzugung der Jägerschaft zulasten der Tierwelt.

Die SPD-Abgeordnete Sandra Redmann sprach von einem „glatten Fehlschuss“ – „kontraproduktiv“ und „schädlich für Natur und Umwelt“. Sie monierte insbesondere, dass – außer auf Wasserwild – weiterhin mit Bleimunition geschossen werden darf. Teile oder Abrieb dieser Munition könnten beispielsweise bei Aas fressenden Greifvögeln auf Dauer tödlich wirken. Die toxische Wirkung von Blei sei hinlänglich bekannt, unterstrich Flemming Meyer vom SSW, und Antje Jansen (Linke) betonte, dass einige „alternative Jägerschaften“ schon ohne Probleme auf andere Munition umgestiegen seien.

Schwarz-Gelb lehnt jedoch ein umfassendes Verbot der Bleimunition zum jetzigen Zeitpunkt ab. Es gebe noch keine gesicherten Erkenntnisse, ob alternative Geschosse nicht auch giftig seien und ob sie genau so schnell und zuverlässig töten wie Bleimunition, damit die Tiere nicht unnötig Qualen erleiden, wurde argumentiert.

Grundsätzlich, so Hartmut Hamerich (CDU), würden die Vorgaben für die Jagd „an die Gegebenheiten der heutigen Zeit angepasst“. Mit Blick auf die Grünen-Abgeordnete Marlies Fritzen, die davon sprach, das Gesetz bediene die Interessen einer „ewiggestrigen Jagdlobby“, versicherte Hamerich: Eine „Jagd nach Gutsherrenart“ werde es nicht geben.

Ein anderes Problem, das nun angegangen wird: In vielen Wäldern Schleswig-Holsteins gibt es immer mehr Rehe, die Schäden an jungen Bäumen verursachen. Über Abschusspläne soll der Bestand reguliert werden. SPD, Grüne, Linke und SSW sahen hier zwar eine Notwendigkeit, kritisierten aber, dass es hierzulande bereits die längsten Jagdzeiten in



der Republik gebe. Ein weiterer Knackpunkt: Jäger dürfen künftig ohne Genehmigung der Naturschutzbehörden das Gelege von Federwild, gemeint sind hier vor allem Gänse, zerstören. Hintergrund sind die Fraßschäden, die durch eine wachsende Zahl dieser Vögel verursacht werden. Die Kritiker wandten ein, dass auch andere Arten bedroht seien, wenn der Jäger auf der Suche nach Gänse-Nestern durch die Flur streift.

Laut Umweltministerin Juliane Rumpf (CDU) setzt das Gesetz den „ausgewogenen jagdpolitischen Kurs fort, um den uns andere Bundesländer wirklich beneiden“. (Drs. 17/1710, /2161)

Günther Hildebrand (FDP/re., hier im Gespräch mit seinem CDU-Kollegen Hartmut Hamerich): „Mit der Änderung des Landesjagdgesetzes ist der letzte große Schritt zur Entbürokratisierung und Modernisierung des Naturschutzes in Schleswig-Holstein vollzogen worden“



Antibiotika-Mittel in der Tierhaltung

Landwirtschaftsministerin Juliane Rumpf (CDU) hat sich für die Entwicklung eines „länderübergreifenden Antibiotika-Minimierungskonzeptes“ ausgesprochen. Sie verwies dabei auf einen auf Bundesebene vorgelegten Gesetzentwurf, der auf mehr Transparenz und einen zielgenaueren Einsatz von Medikamenten zielt.



Lothar Hay (SPD) empfiehlt vor dem Verzehr eines Sonderangebots-Hähnchens für 1,99 Euro: „Fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker“

Hintergrund: Im Zusammenhang mit der Ausbreitung von resistenten Keimen hatte im Dezember das nordrhein-westfälische Verbraucherschutzministerium davor gewarnt, Antibio-

tika ohne Not in der Hähnchenmast einzusetzen. Eine Studie dazu zeigte, dass 96,4 Prozent der Tiere aus den untersuchten NRW-Betrieben Antibiotika bekamen – teilweise bis zu acht verschiedene Wirkstoffe, jedoch nur über eine unzureichend lange Zeitspanne hinweg. So werden die Bakterien nicht vollständig abgetötet und können ‚lernen‘, sich mit dem Antibiotikum zu arrangieren.

Im Kieler Landtag verlangte insbesondere die Opposition größere Stallflächen für Nutztiere sowie eine lückenlose Kontrolle des Medikamenteneinsatzes. Redner der Koalition hoben dagegen auch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten hervor. Im Umwelt- und Agrarausschuss wird weiter beraten.

Weitere Redner: H. Rickers (CDU), C.-P. Brodersen (FDP), B. Voß (Grüne), H.-W. Jezewski (Linke), F. Meyer (SSW) (Drucksachen 17/2065, /1204, /2163)

Kurz behandelt

Wildtierhaltung: Nach dem im Dezember ausgesprochenen Zusage Schleswig-Holsteins für ein Haltungsverbot von diversen Wildtieren, hat der Landtag jetzt die Landesregierung aufgefordert, sich für weitergehende Regelungen einzusetzen. Auf Druck von SPD, Grünen und Linken soll auch für Raubkatzen, die nicht auf der inzwischen vom Bundesrat bestätigten Index-Liste stehen, eine Lösung gefunden werden. Außerdem wird der Fokus auf ein Verbot in „Zirkussen“ gelegt, um nicht auch zoologische Tiergärten einzubeziehen. Alle Fraktionen unterstützten diese Forderung.

(Drucksachen 17/1864neu 3. Fassung, Ziffer 2, /2099) – Debatte bei Antragstellung: Landtagszeitung 10/2011

Kiel bekennt sich zur Elbvertiefung

Nachdem die EU-Kommission im Dezember grünes Licht für die geplante Elbvertiefung gegeben hat, setzt eine breite Mehrheit im Landtag nun auf einen raschen Beginn der Baggerarbeiten. „Voraussichtlich im März“ sollen die Planfeststellungsbeschlüsse vorliegen, sagte Verkehrsminister Jost de Jager (CDU). Schwarz-Gelb wie auch die oppositionelle SPD erhoffen sich wirtschaftliche Impulse für den Hamburger Hafen, der der größte Arbeitgeber für Schleswig-Holstein sei. Ziel der Ausbaupläne: Schiffe der neuen Container-Generation mit einem Tiefgang von 14,50 Metern sollen die Hansestadt anlaufen können. Grüne, Linke und SSW bekräftigen erneut ihre Ablehnung.



Ein Ozeanriese auf der Elbe. 5.252 Containerschiffe liefen im Jahr 2010 den Hamburger Hafen an.

Es sei bereits jetzt abzusehen, so Marlies Fritzen (Grüne), dass die nun geplante Flusstiefe für die „immer größer, immer schwerer, immer breiter und immer tiefer“ werdenden Pötte schon in wenigen Jahren nicht



Statt der Elbvertiefung forderte Marlies Fritzen (Grüne) eine „verstärkte Kooperation der deutschen Seehäfen“. Denn: „Ein „kleinstaatlicher Wettbewerb um die größten Schiffe ist nicht mehr zeitgemäß.“

mehr ausreichen werde. Lars Harms (SSW) mahnte, dass durch die knapp 400 Millionen Euro teure Vertiefung die Fließgeschwindigkeit der Elbe und damit die Gefahr von Sturmfluten steigen würde. Das Land müsse dann in den Deichbau investieren. „Hat eigentlich irgendwer einmal eine Kosten-Nutzen-Analyse der Elbvertiefung für Schleswig-Holstein aufgestellt?“, fragte Harms. Als Alternative komme eine bessere Zusammenarbeit aller deutschen Nordseehäfen in Betracht, was auch Björn Thoroé (Linke) unterstützte: „Es schadet Schleswig-Holstein und Hamburg überhaupt nicht, wenn ein paar Schiffe, die nicht nach Hamburg kommen, in Wilhelmshaven abgefertigt werden.“

Demgegenüber unterstrich Hans-Jörn Arp (CDU): „Schätzungsweise 30.000 bis 40.000 Menschen aus Schleswig-Holstein sind abhängig von der Wirtschaftskraft des Hamburger Hafens.“ Den Hafen zu schwächen gefährde Arbeitsplätze und die finanzielle Situation des Landes.

Regina Poersch (SPD) betonte, dass jeder dritte Container, der in Hamburg umgeschlagen wird, von dort aus durch den Nord-Ostsee-Kanal weiter verfrachtet werde. Deswegen „dürfen wir dem Hafen Hamburg nicht das Wasser abgraben“, so Poersch. Und Oliver Kumbartzky (FDP) ergänzte: „Stellen Sie sich vor, die neue Schleusenammer in Brunsbüttel wäre geöffnet, und kaum ein Schiff ist da, das die Schleuse nutzt.“

Minister de Jager stellte heraus, dass die Punkte Deichsicherheit sowie Natur- und Umweltschutz „sorgfältig berücksichtigt“ würden. Die Sturmflutwasserstände werden sich nach de Jagers Darstellung „um maximal zwei Zentimeter“ erhöhen. CDU und FDP beschlossen schließlich einen Antrag, der die Ausbaupläne begrüßt. Die SPD monierte, dass Schwarz-Gelb laut diesem Papier den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals erst „im Anschluss“ an die Elbvertiefung angehen will.

(Drucksachen 17/2171, /2205, /2215) ■

Sorge um den Rückbau der deutschen Atomkraftwerke

Bis 2022 sollen alle deutschen Atomkraftwerke vom Netz, um anschließend abgebaut zu werden. Die Kosten hierfür sollen die Energiekonzerne selber tragen. Die Stromriesen haben bereits Rücklagen gebildet. Aber was passiert, wenn ein Konzern dieses Geld für andere Zwecke ausgibt oder pleite geht? Berlin muss für diesen Fall einen „bundes einheitlichen Rechtsrahmen“ schaffen, fordern die Grünen – damit die Kosten nicht auf den Steuerzahler abgewälzt werden.

Es sei „eindeutig, dass das Atomgesetz präzisiert werden muss“, begründete Detlef Matthiessen den Vorstoß seiner Fraktion. Die Rückstellungen seien „unkonditioniert“ und „nicht pleitesicher“. Der Grünen-Politiker warb für einen öffentlich-rechtlichen Fonds, eine Bürgschaft oder eine Absicherung über einen Versicherungskonzern. In dieselbe Rich-

tung argumentierten SPD, SSW und Linke. „Der Rechtsrahmen ist durch das Handelsgesetzbuch gegeben“, umriss Oliver Kumbartzky (FDP) dagegen die schwarz-gelbe Position. Er sehe keine Anhaltspunkte dafür, dass die angesammelten Rücklagen nicht ausreichen könnten, so Kumbartzky.

Der Abbau eines AKW zurück zur „grünen Wiese“ ist teuer und dauert

lange. Beim Kraftwerk Niederaichbach (Bayern) hat es von 1974 bis 1995 gedauert und 280 Millionen Euro gekostet. Die Anlage in Greifswald wird seit 1995 demontiert, ein Abschluss der Arbeiten wird bis 2013 erwartet. Kosten bislang: drei Milliarden Euro. In Schleswig-Holstein produzieren die beiden Reaktoren Krümmel und Brunsbüttel keinen Strom mehr und sollen stillgelegt werden. Hierfür haben die Betreibergesellschaften, die zum Vattenfall-Konzern gehören, Rücklagen von 1,60 Milliarden Euro (Brunsbüttel) beziehungsweise 1,86 Milliarden (Krümmel) gebildet.

Der Wirtschaftsausschuss berät das Thema weiter.

Redner: M. Matthiessen (CDU), O. Schulze (SPD), U. Schippels (Linke), L. Harms (SSW), Justizminister E. Schmalfuß (parteilos) / (Drucksache 17/2092) ■

Wirtschaftspolitik I

500 Millionen aus dem Konjunkturpaket haben Schleswig-Holstein vorangebracht

Dank der Mittel aus dem Konjunkturpaket II ist Schleswig-Holstein gut durch die Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 gekommen. Das hat Finanzminister Rainer Wiegard (CDU) in einem von Union und FDP beantragten Regierungsbericht unterstrichen. Die staatlichen Investitionen, vor allem in die Bildungsinfrastruktur (s. Kasten), „haben einen maßgeblichen Beitrag zur Überwindung der größten Wirtschaftskrise geleistet, die die freie Welt je erlebt hat“, so der Minister. Bundesweit hat die öffentliche Hand rund 50 Milliarden Euro ausgegeben, um den weltweiten Wirtschaftseinbruch aufzufangen.



Die Politik habe damit „in Zeiten der Krise ihre Handlungsfähigkeit unterstrichen“ und Deutschland zukunftsfest gemacht, betonte Wiegard: „Deutschland ist gestärkt aus der Krise hervorgegangen, Schleswig-Holstein ebenfalls.“ Für das Konjunkturpaket hat das Land zusätzliche Kredite aufgenommen. Wiegard verwies jedoch darauf, dass diese Kosten durch höhere Steuereinnahmen wieder wettgemacht würden. Allein im abgelaufenen Jahr seien 350 Millionen Euro mehr als erwartet in die Landeskasse geflossen.

Wiegards Einschätzungen trafen

im Plenum auf breiten Zuspruch. Durch den „beispiellosen Kraftakt“ für die Bildung habe Deutschland die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum geschaffen, unterstrich CDU-Fraktionschef Johannes Callen. Und Olaf Schulze (SPD) stellte heraus, dass die Arbeitnehmer in den Tarifverhandlungen der vergangenen Jahre „verzichtet haben“. Auch dies habe die Wirtschaft gestärkt.

Der Regierungsbericht wird im Finanzausschuss abschließend beraten. Redner: K. Loedige (FDP), M. Heindorf (Grüne), U. Schippels (Linke), L. Harms (SSW) / (Drucksache 17/2136) ■

Bund und Land stellen für Vorhaben in Schleswig-Holstein 375 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere knapp 125 Millionen brachten die Kommunen auf. Gesamtsumme:

Investitionen im Lande

eine halbe Milliarde. Hiervon gingen etwa 340 Millionen in die Bildungsinfrastruktur und rund 160 Millionen in andere Infrastrukturmaßnahmen. Rund 1.300 Einzelvorhaben wurden im Lande gefördert, davon mehr als 800 im Bereich Bildungsinfrastruktur. Dabei lag der Schwerpunkt auf der energetischen Sanierung: Fenster und Türen wurden ausgetauscht, Außenwände und Dächer gedämmt, ganze Gebäude komplett saniert oder durch Neubauten ersetzt. Auch Krankenhäuser sowie Hochschulen und Forschungseinrichtungen wurden energetisch nachgerüstet. Außerdem wurden der Bau von Wegen und Radwegen sowie Schallschutzmaßnahmen unterstützt.

Wirtschaftspolitik II

Trotz EU-Bedenken: Erneuter Vorstoß für die Tariftreue

SSW und SPD unternehmen einen erneuten Versuch, die Tariftreue im schleswig-holsteinischen Mittelstandsförderungsgesetz strenger zu regeln. Öffentliche Aufträge, etwa im Nahverkehr mit Bus und Bahn, sollen demnach nur an Unternehmen gehen, die ihren Mitarbeitern den ortsüblichen Tariflohn zahlen. Die anderen Fraktionen reagierten verhalten.

Während Schwarz-Gelb europarechtliche Bedenken anmeldete, bezeichneten Grüne und Linke den Vorstoß als „kleinen Wurf“ und setzten sich dafür ein, einen Mindestlohn von 8,50 Euro (Grüne) pro Stunde beziehungsweise 10 Euro (Linke) in die Regelung mit aufzunehmen.

„Wer sich der Einführung der Tariftreue verschließt, handelt bewusst gegen die Interessen der Arbeitnehmer und der Unternehmen im Lande“, mahnte Lars Harms (SSW). Er rief die Landesregierung auf, sich für „faire Löhne“ und „Chancengleich-

heit“ einzusetzen. „Sie gaukeln den Menschen eine Lösung vor, die wir als Landesgesetzgeber EU-rechtlich gar nicht schaffen können“, entgegnete CDU-Fraktionschef Johannes Callen. Die Koalition sagte aber eine sorgfältige Prüfung des Gesetzentwurfs im Wirtschaftsausschuss zu.

Hintergrund des Streits ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes aus dem Jahr 2008. Demnach darf der Staat die Vergabe öffentlicher Aufträge nicht an die Einhaltung spezieller Tarifverträge koppeln. Das Urteil widersprach nach Auffassung

der CDU/FDP-Koalition dem alten Tariftreugesetz im Land, das Rot-Grün und SSW im Jahr 2003 verabschiedet hatten. Seit letztem Jahr schreibt das schwarz-gelbe Mittelstandsförderungsgesetz vor, dass Betriebe, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, nur dann Tariftreueerklärungen abgeben müssen, wenn es in der Branche „allgemeinverbindliche“ Tarifverträge gibt.

Redner: R. Poersch (SPD), C. Vogt (FDP), A. Tietze (Grüne), B. Thoro (Linke), Wirtschaftsminister J. de Jager (CDU) / (Drs. 17/2183) ■

Kurz behandelt

Barrierefreier Nah- und Fernverkehr: Die Abgeordneten von CDU und FDP haben die Maßnahmen der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention in Schleswig-Holstein gelobt. Weiter heißt es in einem im Sozialausschuss formulierten Papier: „Der Landtag bittet die Landesregierung, ihre Bestrebungen im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie des Öffentlichen Personenverkehrs (ÖPV) voranzutreiben, da als Ziel zu einer inklusiven Gesellschaft auch eine größtmögliche Mobilität gehört.“ Den Ursprungsantrag der Grünen, in dem unter anderem ein Bekenntnis zur inklusiven Gesellschaft gefordert wurde, lehnte Schwarz-Gelb ab.

(Drucksachen 17/1883 Buchstabe A, /2158) – Debatte bei Antragstellung: Landtagszeitung 10/2011

Keine Chance fürs Sozialticket

Als „abenteuerlich“, „finanzpolitisches Wolkenkuckucksheim“ und „sozialpolitische Träumerei“ haben die übrigen Fraktionen den Antrag der Linken auf Einführung eines 15 Euro teuren Sozialtickets für Hartz-IV-Empfänger bezeichnet – und abgelehnt. Die Kombikarte für den kostenfreien Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr sowie für Ermäßigungen für kulturelle, sportliche und soziale Angebote sei nicht finanzierbar.

Mobilität ist ein Grundrecht und gehört heute als Voraussetzung sozialer Teilhabe ebenso zur Grund-sicherung wie der Grundbedarf an Lebensmitteln und das Wohnen“, hatte **Antje Jansen (Linke/Foto)** zuvor vergeblich um Zustimmung im Plenum



geworben. Ein Sozialticket würde das Land jährlich mit mindestens 120 Millionen Euro belasten, rechnete Wirtschaftsminister Jost de Jager (CDU) vor und schloss sich der Grundsatzkritik der Abgeordneten an: Die Linken blieben eine Antwort darauf schuldig,

an welcher Stelle das Geld im Haushalt eingespart werden soll.

„Wir müssen die Grundstrukturen im Hartz-IV-System ändern und nicht an den Symptomen herumdoktern“, mahnte auch **Flemming Meyer (SSW/Foto)**. Dies zu regeln sei Aufgabe des Bundes, und Sonderregelungen wie das landesweite Sozialticket seien ungeeignet für die Bekämpfung des Grundproblems.



Weitere Hauptredner: H.-J. Arp (CDU), W. Baasch (SPD), O. Kumbartzky (FDP), A. Tietze (Grüne) / (Drs. 17/2070) ■

Landtag gegen Demo in Lübeck, aber:

Verbot von Naziaufmarsch muss rechtssicher sein

Der Landtag macht sich gegen einen Neonaziaufmarsch Ende März in Lübeck stark. Die Abgeordneten betonten aber: Ein Verbot muss rechtssicher sein. CDU, SPD, FDP, Grüne, SSW und Teile der Linken forderten Innenminister Schlie (CDU) auf, alle Informationen, die ein Verbot rechtfertigen, der Hansestadt umfassend mitzuteilen. Das Problem: Die Hürden für ein Demonstrationsverbot sind wegen des Grundrechts der Versammlungsfreiheit hoch, und die Stadt Lübeck zögert aus Sorge, mit einem Verbotsverfahren vor Gericht zu scheitern.

Angesichts der Morde an Zuwanderern und einer Polizistin durch die Zwickauer Neonazi-Zelle hatte Innenminister Schlie vor der Landtagstagung Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) aufgefordert, die Demonstration zu verbieten – und dafür Kritik geerntet. „Öffentliche Verbotsforderungen der obersten Versammlungsbehörde drei Monate vor der Demonstration könnten den Erfolg eines Verbotsverfahrens mehr gefährden als ihm nützen“, sagte etwa Serpil Midyatli (SPD). Am 31. März wollen Neonazis durch Lübeck marschieren; Anlass ist der Luftangriff der Alliierten im März 1942.

Schlie verteidigte indes seine Aufforderung und verwies darauf, dass die Aufdeckung der Morde eine völlig neue Qualität des Rechtsextremismus offenbare: „Es ist für mich eindeutig und unverzichtbar, dass die Hansestadt Lübeck alle rechtlichen Möglichkeiten für ein Verbot ausschöpft.“

Ein Ursprungsantrag der Linken (Drs. 17/2154), mit dem die Landesregierung aufgefordert werden sollte, den Lübecker Bürgermeister „anzuweisen, den geplanten Aufmarsch der Neonazis in Lübeck zu verbieten“, war heftig kritisiert worden.

Weitere Stimmen aus dem Plenum:

• **Werner Kalinka (CDU):** „Wir zeigen heute in diesem Landtag, dass wir gemeinsam in dieser Frage denken, handeln und agieren. Dies ist ein wichtiges Signal auf dem Weg, die Neonazis in die Schranken zu verweisen.“

• **Gerrit Koch (FDP):** „Ein neues Versammlungsgesetz muss eine klare Regelung vorsehen, die besagt, dass Demonstrationen, die in Bezug zu geschichtsträchtigen Tagen und zwecks Verharmlosung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft abgehalten werden, untersagt werden können.“

• **Luise Amtsberg (Grüne):** „Mit einem Verbot ohne rechtliche Grundlage schießen wir der Demokratie ins Knie. Das ist eine riesige Gefahr, und das ist ein Themenfeld, mit dem man äußerst sensibel umgehen muss.“

• **Anke Spoorendonk (SSW):** „Statt Jahr für Jahr im Landtag die gleiche Resolution gegen den rechten Aufmarsch in Lübeck zu verabschieden, sollten wir das zivilgesellschaftliche Engagement verstärkt unterstützen, wenn es darum geht, Konzepte gegen Rechts zu entwickeln.“

• **Uli Schippels (Linke):** „Die Lübeckerinnen und Lübecker, die sich dem Naziaufmarsch seit Jahren mutig entgegenstellen, brauchen Hilfe und Unterstützung. Sie brauchen Rückenwind, Rückenwind von der Politik.“

(Drucksachen 17/2154neu, 2216neu) ■

Kurz behandelt

Rechtspopulismus: Die SPD ist mit einer Resolution zur politischen Ächtung des Rechtspopulismus gescheitert. Union und FDP hatten bereits in der Oktober-Sitzung den Vorstoß als Versuch gebrandmarkt, das Phänomen „politisch zu missbrauchen“. Stattdessen brachte Schwarz-Gelb jetzt einen eigenen Antrag durchs Parlament, in dem sich die Koalition gegen jede Form des politischen Extremismus ausspricht. (Drucksachen 17/1867, /1910, /2180) – Debatte bei Antragstellung: Landtagszeitung 09/2011



Im Juni vergangenen Jahres wurde der große Zuschauerraum des Schleswiger Theaters wegen akuter Einsturzgefahr des Daches gesperrt. Eine Nutzung der großen Bühne und des Zuschauerraumes ist in der Spielzeit 2011/2012 ausgeschlossen.

Das Landestheater mit seinen Hauptsitzen in Flensburg, Schleswig und Rendsburg ist seit rund zwei Jahren von der Insolvenz bedroht, hat aber nach Angaben von Klug in der vergangenen Spielzeit einen Gewinn von 510.000 Euro erwirtschaftet. Das sei ein „schönes Ergebnis“, lobte er. Dennoch werde die gegenwärtige Struktur nur durch weitere Einsparungen oder eine Einnahmensteigerung aufrecht zu erhalten sein, meinte der Minister. Dafür müssten sich Theaterleitung und Gesellschafter Gedanken über ein „professionelles Theaterangebot im Norden“ machen. Das beinhalte das Angebot insgesamt, die Spielpläne und auch eine Streichung von Doppelaufführungen im Land.

„Die Unterhaltung eines funktionsfähigen Theaterbaus liegt allein – es geht hier um kommunale Trägerschaft – in der kommunalen Verantwortung“, sagte Minister Klug. Diese Position brachte vor allem die SSW-Fraktionsvorsitzende Anke Spoorendonk in Rage. Der Kulturminister setze sein „Schwarze-Peter-Spiel“ fort, erklärte sich als nicht

Landestheater-Rettung: Klug appelliert an die Kommunen

Minister fordert strukturelle Veränderungen

Das finanziell angeschlagene Schleswig-Holsteinische Landestheater kann nach Auffassung der Landesregierung nur durch „strukturelle Veränderungen“ aus der Misere geführt werden. Die Landeszuschüsse blieben zwar stabil, zusätzliches Geld für einen Neubau des Schleswiger Theaters oder für mögliche tarifbedingte Kostensteigerungen im Personalbereich werde es aber nicht geben, sagte Kulturminister Ekkehard Klug (FDP). In der vom SSW und von den Linken angestoßenen Debatte ließ er zudem durchblicken, dass er vor allem die Kommunen in der Pflicht sieht, die Zukunft des Landestheaters zu sichern.

zuständig für die überwiegend kommunal ausgerichtete Theaterstruktur Schleswig-Holsteins, beklagte Spoorendonk und fügte hinzu: „Formaljuristisch mag das stimmen, aber kulturpolitisch betrachtet ist diese Einstellung ein Armutszeugnis.“

Debatte um Soziokultur

Auf den von den Linken geforderten Bericht zur Lage der Soziokultur und der freien Theater im Land ging Minister Klug nicht weiter ein. Heinz-Werner Jezewski (Linke) warf dem Bildungsminister bei der Förderung der 19 soziokulturellen Zentren im Land „Kahlschlag“ vor. „Die Kürzungen im Haushalt zum Abbau des strukturellen Defizits treffen die Kultur besonders schmerzhaft“, prangerte er die Absicht der Landesregierung an, der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur das Geld für Ausstattung und Gebäudesanierung zu streichen. Einige Abgeordnete sprachen sich dafür aus, soziokulturelle Einrichtungen gezielter staatlich zu fördern.

Im Bildungsausschuss wird die Diskussion fortgesetzt.

Weitere Redner: W. Wengler (CDU), H. Müller (SPD), K. Funke (FDP), R. Habeck (Grüne) / (Drs. 17/1923 und 17/2187) ■

Die Landesregierung will laut Regierungsbericht die Mittel für die institutionelle Förderung für die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Soziokultur

Regierungsbericht zur Soziokultur

Schleswig-Holstein und die freie Theaterszene nicht kürzen. Gestrichen wird allerdings das Geld für Ausstattung und Gebäudesanierung der LAG Soziokultur, in der 19 Zentren in der Trägerschaft von Kommunen und Vereinen zusammengeschlossen sind. In diesem und im kommenden Jahr wird die LAG Soziokultur mit je 38.000 Euro vom Land unterstützt. Hinzu kommen in diesem Jahr Zuschüsse für zwei Kooperationsprojekte, für das „Kindertheater des Monats“ (43.000 Euro) und das „Theater for Youngsters“ (15.000 Euro).

Seit Oktober 2011 gingen beim Ausschuss rund 30 Prozent Petitionen mehr als in den Vergleichsmonaten des Vorjahres ein. „Dieser deutliche Anstieg ist auch auf die Einführung der Online-Petition im Oktober zurückzuführen, durch die das Angebot niedrighschwelliger und bürgerfreundlicher geworden ist“, so die Ausschussvorsitzende Rathje-Hoffmann.

514 Petitionen wurden im letzten Jahr abschließend beraten. Davon konnten 16 Prozent der Verfahren ganz im Sinne der Petenten abgeschlossen werden. Ein weiteres Viertel der Verfahren war teilweise erfolgreich, das heißt, für die Bürger konnten zumindest in Teilbereichen Verbesserungen erreicht werden. Mit dieser Erfolgsquote knüpft der

Petitionsausschuss lässt das Jahr 2011 Revue passieren

Die Vorsitzende des Petitionsausschusses, die CDU-Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann, hat in der Januar-sitzung den vierten Quartalsbericht des Ausschusses für das Jahr 2011 vorgestellt und Jahresbilanz gezogen. Insgesamt sind im vergangenen Jahr 524 Petitionen beim Schleswig-Holsteinischen Landtag eingegangen.

Petitionsausschuss an seine guten Ergebnisse der Vorjahre an.

Der größte Teil der Petitionen betraf den sachlichen Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration. Hierbei handelte es sich insbesondere um Petitionen von Strafgefangenen, Beschwerden über staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren sowie über die Dauer von Gerichtsverfahren. Einen weiteren Petitionsschwerpunkt machte

das Bildungswesen aus. Hier beklagten viele Eltern und Schüler des achtjährigen Bildungsgangs an Gymnasien eine Überforderung der Kinder sowie fehlende Wechselmöglichkeiten zum neunjährigen Bildungsgang, der trotz Einführung des sogenannten Y-Modells

an den meisten Gymnasien nicht angeboten wird. Im Finanzressort gab es eine Vielzahl von Beschwerden über die Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen.

Im letzten Quartal 2011 hat der Petitionsausschuss 145 neue Petitionen erhalten. 102 wurden abschließend behandelt, davon rund ein Viertel im Sinne und etwas mehr als 20 Prozent teilweise im Sinne der Petenten. 53 Petitionen hatten keinen Erfolg. ■

Kurz behandelt

Tagesordnungspunkte ohne Aussprache

Konnexität: Das Plenum hat den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf für ein "Konnexitätsausführungsgesetz" zur Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss sowie den Finanzausschuss überwiesen. Der Gesetzentwurf soll einen rechtlichen Rahmen schaffen, mit dem sich die finanziellen Auswirkungen von geplanten Gesetzen und Verordnungen des Landes im Einzelnen errechnen lassen, um etwaige Mehrbelastungen der Kommunen auszugleichen. (Drucksache 17/2150)

Kurtaxe: Nach einem Entwurf aus dem Innenministerium soll es in Schleswig-Holsteins Bäder- und Erholungsorten künftig die Wahlfreiheit geben, ob die Kurtaxe von den Touristen oder den Vermietern von Gästezimmern entrichtet wird. Die Idee stammt vom Tourismusverband. Aus der Tourismuswirtschaft kam hierzu im Vorwege Lob, aber auch Kritik. Moniert wird zum Beispiel, dass die Wahlmöglichkeit, wer die Abgabe entrichtet, zu einem Flickenteppich von unterschiedlichen Regelungen führen könne. Jetzt berät der Innen- und Rechtsausschuss sowie der Finanzausschuss. (Drs. 17/2151)

Spielbanken: Die Landesregierung will die Spielbank SH GmbH mit den fünf Casinos in Flensburg, Kiel, Schenefeld, Travemünde und Westerland verkaufen. Das sieht eine geplante Änderung des schleswig-holsteinischen Spielbankgesetzes vor. In dem Entwurf wird grünes Licht für eine vollständige Privatisierung gegeben. Bislang müssen mehr als 50 Prozent der Anteile einer im Land ansässigen Anstalt des öffentlichen Rechts gehören. Als Voraussetzung für die Privatisierung sieht der Entwurf Auflagen, unter anderem im Bereich Jugendschutz und Suchtprävention, vor. Darüber hinaus will die Landesregierung sicherstellen, dass es auch in Zukunft in Schleswig-Holstein nur fünf Spielbanken gibt. Der Gesetzentwurf wurde an den Innen- und Rechtsausschuss sowie den Finanzausschuss überwiesen. (Drs. 17/2152) – vorherige Debatten zum Thema Glücksspiel: Landtagszeitungen 08/2011 (Glücksspielgesetz), 09/2011 (Spielhallen), 10/2011 (Geldwäsche)

Freiwillige Gerichtsbarkeit: Seit dem 1. September 2009 ist das Bundesgesetz "über das Verfahren in Familiensachen und in den Ange-

legenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeiten (FamFG)" in Kraft. Schleswig-Holstein hatte dafür in einem ersten Gesetz bereits Anpassungen an das Landesrecht vorgenommen. Da dies jedoch unvollständig war, legt die Landesregierung nun den Entwurf eines zweiten Anpassungsgesetzes vor. Die Vorlage, die an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen wurde, enthält unter anderem die Streichung des Ausführungsgesetzes zur Zivilprozessordnung. Ein Schwerpunkt des FamFG ist die Einführung des "Großen Familiengerichts" – insbesondere für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Trennung und Scheidung. (Drs. 17/2146)

Therapieunterbringungsgesetz: Vor dem Hintergrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes, das die in Deutschland lange Zeit praktizierte Sicherungsverwahrung für rechtswidrig erklärt hat, hat die CDU/FDP-Koalition jetzt einen Entwurf für ein neues "Therapieunterbringungsgesetz" vorgelegt. „Der Vollzug ist unter Berücksichtigung therapeutischer Gesichtspunkte und der Sicherheitsinteressen der Allgemeinheit so zu gestalten, dass eine so wenig wie möglich belastende Unterbringung in möglichst kurzer Unterbringungsdauer erreicht wird“, heißt es. Für die Einweisung in eine Therapieeinrichtung wird ein richterliches Gutachten verlangt. Der Gesetzentwurf wurde an den Innen- und Rechtsausschuss sowie an den Sozialausschuss überwiesen. Das Bundesgesetz zur "Therapieunterbringung" ist seit Januar 2011 in Kraft. Die Ausführung obliegt den Ländern. (Drs. 17/2191)

Ausschussempfehlungen

Wald-Verkauf: Das Plenum hat dem Verkauf von Waldflächen der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten in der Gemarkung Bröthen (222 Hektar) sowie der Gemarkung Langenlehsten (293 Hektar) an den Kreis Herzogtum Lauenburg zugestimmt. Der Gesamtwert wird mit rund vier Millionen Euro angegeben. Der Verkauf von Landeseigentum benötigt die Zustimmung des Parlaments, wenn die Summe den Wert von einer Million Euro übersteigt. (Drucksachen 17/2141, /2178)

Verfassungsgericht: Der Landtag wird vor dem Landesverfassungsgericht in den Verfahren zum soge-

nannten Gefährhundegesetz sowie zur kommunalen Beschwerde im KiTa-Bereich keine Stellungnahmen abgeben. Dies beschloss

das Plenum mit den Stimmen von Union und FDP gegen das Votum der Opposition beziehungsweise mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen das Votum der Linken und des SSW bei Enthaltung der SPD.

(Drucksachen 17/2181, /2182)

Antrag

Steuerabkommen: Das von der Bundesregierung mit der Schweiz ausgehandelte Steuerabkommen ist im Landtag umstritten. Die Grünen monieren unter anderem, dass die getroffenen Vereinbarungen Steuerhinterziehern Anonymität zusichern. Sie fordern die Landesregierung deshalb auf, im Bundesrat gegen das Abkommen zu stimmen. CDU und FDP bekräftigen dagegen, das Abkommen leiste einen „Beitrag zur Gleichmäßigkeit der Besteuerung“ deutscher Bankkunden in der Schweiz. Über die Anträge wird im Finanzausschuss weiter beraten. (Drs. 17/2058, /2115neu)

Soziales / Arbeit / Gesundheit

2. Lesung

Mitsprache von Senioren: Das von den Linken eingereichte sogenannte Seniorenmitwirkungsgesetz ist an der Mehrheit von Union und FDP (bei Enthaltung der übrigen Fraktionen) in Zweiter Lesung gescheitert. Eine Forderung war, auf kommunaler Ebene die Einsetzung von Seniorenbeiräten verbindlich vorzuschreiben. Dieses Ansinnen hatte die Koalition bereits in der Ersten Lesung im August als überflüssig bezeichnet. Schon jetzt könnten solche Gremien in den Gemeinden auf freiwilliger Basis eingerichtet werden, so die Begründung. (Drucksachen 17/1713, /2101) – 1. Lesung: Landtagszeitung 07/2011

1. Lesungen

SGB II: Kreise und kreisfreie Städte sollen künftig selbst festlegen können, in welcher Höhe sie Zuschüsse an Arbeitslosengeld-II-Empfänger für Unterkunft und Heizung ausgeben. Die anvisierte Neuregelung stärke die kommunale Selbstverwaltung, heißt es in einem von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf, der an den Sozialausschuss überwiesen wurde. Eine Änderung des Sozialgesetzbuches II erlaubt den Ländern seit Juni vergangenen Jahres ein solches Vorgehen. (Drs. 17/2159)

-Fortsetzung auf Seite 12-

-Fortsetzung von Seite 11-

Mitwirkungsgesetz: Die Linke will das Mitbestimmungsgesetz sowie die Entschädigungsverordnung für Personalräte im öffentlichen Dienst in zahlreichen Einzelpunkten ändern. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde zur Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss sowie an den Finanzausschuss überwiesen. (Drucksache 17/2168)

— Ausschussempfehlungen —

Jugend: In einer gemeinsamen Erklärung haben CDU und FDP die Haushaltskonsolidierung als einen entscheidenden Faktor für die Zukunftschancen der jungen Generationen herausgestellt. Ausgangspunkt war ein Antrag der SPD zur künftigen Gestaltung der Jugendpolitik, den die Regierungsfractionen ablehnten. In ihrem Vorstoß hatte sich die SPD unter anderem für eine Stärkung des Kinderschutzes, der Medienkompetenz sowie für eine Verbesserung der Bildungschancen für alle Kinder ausgesprochen. (Drucksachen 17/1219neu, /2102) – *Debatte bei Antragstellung: Landtagszeitung 02/2011*

EHEC-Darminfektionen: CDU und FDP haben die Forderung der Grünen nach einer Bundesratsinitiative zur Aufarbeitung der EHEC-Erkrankungswelle abgelehnt. In Schleswig-Holstein hatte es in den ersten Monaten des vergangenen Jahres diverse EHEC-Fälle gegeben. Nach Angaben des Verbandes der Ersatzkassen wurden landesweit 950 mit dem Bakterium infizierte Menschen gezählt, 85 Prozent von ihnen mussten in eine Klinik eingewiesen werden. Die Grünen hatten sich in ihrem Vorstoß unter anderem für eine Verbesserung der Kommunikationsabläufe zwischen Bund, Ländern und Kommunen stark gemacht, um alle Informationen über die Ursache der Krankheit und über die Krankheitsverläufe zusammenzutragen zu können und so schneller auf eine solche Erkrankungswelle reagieren zu können. (Drs. 17/1884, /2103)

Suchthilfe: Schwarz-Gelb hat es abgelehnt, übergeordnete Leitlinien für eine landesweite Suchthilfe und Suchtprävention zu erstellen. Dies hatten SPD und Grüne gefordert, nachdem die Aufsicht über die Suchtkrankenhilfe zum Jahreswechsel komplett auf die Kommunen übergegangen ist. CDU und FDP brachten stattdessen einen eigenen Vorstoß durchs Parlament, in dem die Kommunalisierung als effektive Maßnahme bewertet wird. SPD und Grüne fürchten hingegen mit Blick auf die klammen Kommunen um die

Qualität des Beratungsangebots. (Drs. 17/2086, /2118, /2185) – *Debatte bei Antragstellung: Landtagszeitung 01/2012*

— Regierungsbericht —

Drogenbericht: Die Drogenkriminalität ist in Schleswig-Holstein leicht zurückgegangen, der Konsum von Heroin gesunken, und Haschisch ist immer gefragter. Das sind einige Aussagen aus dem Regierungsbericht über illegale Drogen im Land, den das Plenum an die Ausschüsse Innen und Recht sowie Soziales zur vertiefenden Beratung weitergeleitet hat. Grundsätzlich sei der Markt für Drogen weiterhin sehr lukrativ, heißt es in dem Papier. Vor allem die Hersteller synthetischer Drogen und die Dealer verhielten sich „ausgesprochen vital“. Im Jahr 2010 zählte die Landespolizei in Schleswig-Holstein rund 8.000 Fälle von Rauschgiftkriminalität, ein Jahr zuvor waren es noch etwa 8.300 Fälle. (Drs. 17/1899, /1946, /1983, /2137)

— Antrag —

Rentenalter: Die Linke will die "Rente mit 67" wieder abschaffen. Begründung: Bei der Hochsetzung der Ruhestandsgrenze handele es sich um eine verkappte Rentenkürzung, da bei weitem nicht alle Arbeitnehmer bis zu diesem Alter erwerbstätig seien. Der Vorstoß wurde zur vertiefenden Beratung an den Sozialausschuss überwiesen. (Drucksache 17/2189)

— Berichtsanhträge —

Der Landtag wird sich voraussichtlich in seiner März-Tagung mit dem Thema "**Existenzgründungen**" befassen. Hierfür wurde vom Plenum auf Initiative von CDU und FDP ein Bericht der Landesregierung beantragt, der unter anderem auf die Entwicklung von Existenzgründungen in den vergangenen fünf Jahren sowie auf die Nachhaltigkeit von Fördermaßnahmen eingehen soll. (Drs. 17/2172) – Bereits für Februar wurde vom Parlament ein Regierungsbericht zur "**Neuausrichtung der Krankenhausfinanzierung**" angefordert. Das Papier hatten die Koalitionsfraktionen beantragt. (Drs. 17/2130) – Ebenfalls von Schwarz-Gelb wurde ein Regierungsbericht zum Thema "**Vereinbarkeit von Familie und Qualifizierung**" beantragt. Er soll im März vorliegen. (Drs. 17/2173)

Agrar / Umwelt / Europa

— Ausschussempfehlungen —

Biomasse: Mit ihren Vorschlägen für eine Anpassung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) an jüngste Entwicklungen stehen die Grünen

im Plenum allein da. Sie hatten unter anderem verlangt, verstärkt auf die Verarbeitung von pflanzlichen Reststoffen zu setzen und eine differenzierte Staffelfung der Einspeisevergütung vorzunehmen. Der Antrag, in dem auch vor dem großflächigen Anbau von Mais als Energielieferant für Biogasanlagen gewarnt wird, wurde bei Enthaltung der Linken von den übrigen Fraktionen abgelehnt. (Drucksachen 17/704, /2098)

ELER-Programm: Der Landtag hat einen Antrag der Grünen zur Verwendung der Gelder aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) an die Ausschüsse Agrar und Umwelt sowie Europa überwiesen. Die Grünen fordern von der Landesregierung, dass keine ELER-Mittel für Schleswig-Holstein verloren gehen. Das Land hat in der laufenden Förderperiode (2007 bis 2013) Anspruch auf 302 Millionen Euro. (Drs. 17/2167)

Asbestmüll: Der Landtag hat das von Umweltministerin Juliane Rumpf (CDU) geforderte dauerhafte Verbot der umstrittenen Asbestmülltransporte von Niedersachsen nach Schleswig-Holstein fraktionsübergreifend unterstützt. Neben anderen offenen Fragen hatte die Ministerin zuletzt „zunehmend Zweifel“ geäußert, ob überhaupt eine Geschäftsgrundlage mit der Deponie Rondeshagen im Kreis Herzogtum Lauenburg für die Müllannahme vorliegt. Hintergrund: Rund 30.000 Tonnen Abfälle, die krebserregende Asbestfasern enthalten, sollten aus Wunstorff bei Hannover nach Rondeshagen gebracht werden und rund 140.000 Tonnen nach Ihlenberg in Nordwestmecklenburg. Geplant waren insgesamt etwa 7.000 LKW-Fahrten. (Drucksachen 17/2128) – *letzte Debatte zum Thema: Landtagszeitung 01/2012*

Nordsee-Strategie: Mit den Stimmen der Koalition hat der Landtag eine im Europaausschuss aufgestellte Erklärung verabschiedet, in der die Bemühungen für eine „Marktregionale Strategie für den Nordseeraum“ auf EU-Ebene begrüßt werden. Ausgangspunkt der Erklärung waren Anträge der SPD und der Grünen zum Thema, die von Schwarz-Gelb allerdings zurückgewiesen wurden. Die Oppositionsfraktionen hatten unter anderem gefordert, sich auf Bundes- und Europa-Ebene konkret für die Entwicklung einer einheitlichen europäischen Strategie für die Nordseeregion einzusetzen. (Drs. 17/1072, /2169) – *Debatte bei Antragstellung: Landtagszeitung 02/2011*

Europäische Kulturhauptstadt 2017:

Eine einzigartige Chance für das Grenzland

Die dänische Stadt Sonderburg mit der Region Sønderjylland-Schleswig steht im Finale der Bewerbung um den Titel "Europäische Kulturhauptstadt 2017". Wie bereits im Dezember berichtet, entscheidet am 24. August eine internationale Jury, ob Sonderburg oder Dänemarks zweitgrößte Stadt Aarhus das Rennen macht. Derzeit, so verlautet aus Sonderburg, werde daran gearbeitet, „extraordinäre“ Veranstaltungen für die gesamte Region zu schaffen – verbunden wird dies mit dem Ruf nach „handfesteren Zusagen der Unterstützung“. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hatte im vergangenen Jahr die Kandidatur offiziell unterstützt.

Henriette Pilegaard, Kommunikationschefin der Bewerbung Sonderburg, berichtet über den Stand der Bewerbung

Das südliche Dänemark wird als „Randdänemark“ bezeichnet, und der nördlichste Teil Deutschlands hat einen ähnlichen Ruf. Mehrere Initiativen sind bereits in die Wege geleitet worden, um das Wachstum zu stärken – auch in Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Nun haben Süddänemark und Schleswig-Holstein eine einmalige Chance, die als zündender Energieschub zur Verwirklichung der Ziele dienen kann. Im Anschluss an die erste Bewerbungsphase hat die Jury der grenzüberschreitenden Kandidatur mit Basis in Sonderburg bescheinigt, dass das Konzept der Kandidatur eine attraktive Grundlage darstellt und das Potential in sich trägt, eine durchschlagende Kraft zu entwickeln.

Die Idee ist, eine "Countryside Metropolis" zu schaffen, eine Alternative zu den Großstädten. Hier setzen wir auf die Qualitäten einer ländlichen Region mit einem Netzwerk an Städten, welche gemeinsam kreative Energie und eine reiche Versorgung mit Kultur besitzen.



„Kultur zahlt sich aus“

„Zur Zeit der Herzogtümer waren wir eine gemeinsame Region, wo wir mit kultureller Unterschiedlichkeit und einem großen Weitblick gelebt haben“, sagt die Leiterin der Kandidatur Else Christensen Redzepovic. „Wenn wir dazu zurückfinden, werden wir vielleicht Antworten auf die aktuellen globalen Herausforderungen finden. In der kulturellen Zusammenarbeit, die sich über die Grenze hinweg in den letzten 15 Jahren entwickelt hat, liegt ein gutes Fundament dafür“.

Das Sekretariat für die Kandidatur Sonderburgs arbeitet auf Hochtouren daran, ein starkes künstlerisches Programm mit Veranstaltungen und Pro-

jekten in der gesamten Grenzregion zu entwickeln und die künstlerischen Kapazitäten der Region mit einzubinden – auch aus Städten wie Kiel, Hamburg und Kopenhagen – sowie Verbindungen mit kulturellen Netzwerken innerhalb und außerhalb von Europa zu erstellen.

An der Spitze der Programmentwicklung steht die künstlerische Leiterin Sue McCauley aus Australien, die in Kooperation mit einer Reihe von Experten, darunter Wolfgang Gramm, Kurator der NordArt im Kunstwerk Carlshütte in Rendsburg, arbeitet. Gleichzeitig sind auch Kulturkoordinatoren in den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie der Stadt Flensburg involviert, die gemeinsam mit ihren Kollegen in den sønderjysken Kommunen im Rahmen eines Interreg-Projekts arbeiten. In dieser finalen Bewerbungsrunde ist es sehr wichtig, dass die Jury davon überzeugt wird, dass die gesamte Region das Projekt unterstützt. Dies gilt sowohl dem kulturellen Engagement als auch dem finanziellen.

Im Ruhrgebiet, das 2010 mit Essen den Titel "Europäische Kulturhauptstadt" tragen durfte, ist es mittlerweile ein Teil Geschichte, wie mentale Grenzen zwischen den 53 teilnehmenden Städten überwunden werden mussten, um eine Vision teilen zu können. Sämtliche Bürgermeister beschreiben die Erfahrung als „extrem positiv“.

Leistungsmessungen haben ergeben, dass das Ruhrgebiet, sogar international, schnell als Kulturstadt bekannt wurde. In etwa 10,5 Millionen Menschen haben an den Veranstaltungen teilgenommen. Der Vorsitzende der Ruhr 2010, Fritz Pleitgen, nannte die Kultur einen wichtigen Faktor für die soziale, ökonomische und lokale Entwicklung. Und ein aus-



führlicher Bericht aller Kulturhauptstädte von 1995 bis 2004 beweist, dass ein investierter Euro im Laufe des Projektes zwischen sieben und acht Euro generiert.

„Handfestere Zusagen“ erwünscht

Die "europäische Kulturhauptstadt" ist nicht nur ein Jahr mit einem Feuerwerk an Veranstaltungen, sondern eine langfristige Vision, die bleibende Effekte hinterlassen soll. In den Planungen für Sonderburg mit Sønderjylland-Schleswig ist ein Budget über 53 Millionen Euro veranschlagt. Geld, das mit dem Auftaktjahr 2013 bis zum Kulturhauptstadtsjahr 2017 in die Entwicklung von Veranstaltungen und Projekten sowie in Marketing und Kommunikation investiert werden soll. 49 Millionen Euro sollen aus öffentlichen Mitteln fließen – in Dänemark von Seiten des Staates, der Region sowie der Kommunen. Zehn Prozent, also knapp fünf Millionen Euro, soll die deutsche Seite beisteuern – so die Hoffnung in Sonderburg.

Auf dänischer Seite ist eine Kostenzuweisung für die Kommunen ausgearbeitet worden, und die Partnerschaftsabkommen stehen kurz vor der Unterzeichnung. Viele haben bereits die Chance erkannt, ihrer eigenen Region eine Rolle in der Kandidatur zuzuweisen. Dies ist unter anderem durch ein Co-Branding möglich, so dass die Städte den Titel "Kulturstadt Esbjerg 2017" tragen.

Kandidatur-Chefin Else Christensen Redzepovic freut sich, dass in Deutschland große Begeisterung geäußert wurde und die Potenziale einer grenzüberschreitenden Kandidatur gesehen werden – sowohl auf lokaler Ebene als auch aus Kiel und Berlin kommend. „Im Hinblick auf die Empfehlungen der Jury müssen wir jetzt handfestere Zusagen der Unterstützung von unseren Partnern erhalten“, sagt Redzepovic. ■

Enquetekommission legt Abschlussbericht vor

Neuer Schub für norddeutsche Kooperation?

Die Enquetekommission "Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation" hat nach knapp zweijähriger Beratungszeit ihre Arbeit beendet und Mitte Februar ihren Abschlussbericht vorgelegt. Die Kommission ist zu der Auffassung gekommen, dass die Kooperation in Norddeutschland künftig noch deutlich erweitert werden muss. „Dazu gehört“, so der Kommissionsvorsitzende Markus Matthießen (CDU), „dass sich gegenüber dem bisherigen Zustand zukünftig sowohl die Parlamente als auch die Regierungen regelmäßig treffen, austauschen und gemeinsame Probleme auch gemeinsam lösen“.

Um beispielsweise eine bessere und koordiniertere Landesplanung in Norddeutschland zu erreichen, müssten die Landesregierungen verbindliche Richtlinien erarbeiten. Die Enquetekommission hat insgesamt 29 Mal getagt und unter anderem 78 Sachverständige angehört. Die Gesamtausgaben werden auf etwa 100.000 Euro beziffert.

Grundsätzlich sei mit dem vorliegenden Bericht der Kommission „eine gute Grundlage für weitere Kooperationsanstrengungen gelegt“, wenngleich „die Analyse des Ist-Zustandes gleichzeitig klar macht, dass die eigentliche Arbeit jetzt erst beginnt“, so Matthießen.

Für das von der Kommission angepeilte Ziel, die Kooperation in Norddeutschland deutlich zu erweitern und somit auch Sparpotenziale auszu-

schöpfen, sei eine Systematisierung der Zusammenarbeit erforderlich. „Hierzu gibt es innerhalb der Kommission unterschiedliche Vorstellungen, die von der Einrichtung einer „Parlamentarierkonferenz Nord“ über einen gemeinsamen Ausschuss bis hin zu einer Länderfusion zu einem „Nordstaat“ reichen“, sagte die stellvertretende Kommissionsvorsitzende Gitta Trauernicht (SPD).

Der Abschlussbericht der Enquetekommission ist auf den Internetseiten des Landtages www.sh-landtag.de in der Rubrik Dokumente unter der Drucksachennummer 17/2230 eingestellt. Der Landtag will bereits in seiner Februartagung über die Empfehlung der Kommission diskutieren. Die Landtagszeitung wird in der kommenden Ausgabe über den Verlauf der Debatte ausführlich berichten. ■

Agrarausschuss besucht Grüne Woche



Ende Januar hat sich der Umwelt- und Agrarausschuss des Landtages wieder auf den Weg nach Berlin gemacht, um die Internationale Grüne Woche, die weltgrößte Schau der Land- und Ernährungswirtschaft sowie des Gartenbaus, zu besuchen. Auf dem Programm der dreitägigen Reise stand für die Ausschussmitglieder unter anderem die erste offizielle Ausschusssitzung des Jahres. Bei dem traditionellen Gespräch mit dem Bauernverband und mit der Landwirtschaftskammer informierten sich die Abgeordneten unter anderem über das Gütezeichen Schleswig-Holstein. Auf dem Bild präsentieren der stellvertretende Ausschussvorsitzende Detlef Buder (Mitte li.) und Kammerpräsident Claus Heller einen Lebensmittelkorb mit schleswig-holsteinischen Spezialitäten.

Broschüre Altenparlament

Die Broschüre zum 23. Altenparlament liegt jetzt vor. Auf über 260 Seiten sind alle Anträge, Protokollnotizen, die Beschlüsse sowie die Stellungnahmen der Landtagsfraktionen, der Landesministerien sowie der Landesgruppen der Parteien im Bundestag enthalten. Die Altenparlamentarier hatten sich im September vergangenen Jahres schwerpunktmäßig mit der Rolle der Senioren in der deutschen Sozialpolitik beschäftigt.

Die Dokumentation ist kostenfrei erhältlich. Telefon: 0431-988/1163; E-Mail: bestellungen@landtag.ltsh.de

Freiwilliges Jahr in der Politik

Ab September können Jugendliche auch in Schleswig-Holstein ein freiwilliges Bildungsjahr Politik absolvieren und so in Institutionen, Fraktionen oder in Verbänden mitarbeiten und aus nächster Nähe erleben, wie Politik funktioniert. Anmeldeschluss für das neue Projekt ist der 30. April. Angeboten und koordiniert wird das neue freiwillige Bildungsjahr Politik von der Landeszentrale für politische Bildung und der Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung. Landtagspräsident Torsten Geerds hat die Schirmherrschaft übernommen.

Anmeldeschluss für das Projekt ist im April. Weitere Informationen für Freiwillige und interessierte Einsatzstellen: www.politik.lkj-sh.de

Kandidaten für Medienrat gesucht

Ende August läuft die fünfjährige Amtszeit des Medienrates der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein aus. Eine Neuwahl steht an. Bis zum 29. Mai können „gesellschaftlich relevante“ Organisationen mit Sitz in Schleswig-Holstein beim Landtag Vorschläge für Kandidaten abgeben. Der Medienrat besteht nach Paragraph 41 des Medienstaatsvertrages aus 14 Mitgliedern, die je zur Hälfte von Hamburg und Schleswig-Holstein von den Parlamenten gewählt werden.

Vorschläge an den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Abteilung 2, Postfach 7121, 24171 Kiel. Für Rückfragen steht Elke Harms vom Wissenschaftlichen Dienst zur Verfügung: Tel. 0431-988/1102 oder elke.harms@landtag.ltsh.de

Im Porträt... In dieser Serie hatten wir Ihnen die Parlamentarier vorgestellt, die in der 17. Wahlperiode neu in den Landtag eingezogen sind. Knapp drei Monate vor der Landtagswahl ist für Thorsten Fürter nun noch der Grünen-Abgeordnete Jörg Nickel dazugestoßen (siehe Seite 02) – hier ein kleines Porträt.

Dr. Jörg Nickel, B'90 / DIE GRÜNEN

Geboren am 30. November 1967 in Hamburg



Wohnort:
Kiel

Beruf vor dem Einzug in den Landtag:
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

ich mich für die Freiheit des Internets und für die Freiheit jedes Einzelnen im Internet ein. Jeder sollte Zugang zum Internet haben, dies sollte nicht an sozialen Gründen oder an unzureichender Infrastruktur scheitern. Das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen über seine Daten ist ein hohes Gut, für das ich mich einsetzen will.

Wo steht Schleswig-Holstein im Jahr 2020?

Nach acht Jahren grüner Regierungsbeteiligung hat sich viel verändert. Durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien deckt Schleswig-Holstein weit mehr als 100 Prozent seines Strombedarfs aus der Kraft des Windes und der Sonne. Nachdem sich alle Parteien im Jahr 2012 endlich zusammengerauft haben, hat der 'Schulfrieden' seit nunmehr acht Jahren Bestand, und die Schulen können sich ohne ständige Strukturveränderungen darauf konzentrieren, immer besser zu werden, beim Lehren und Lernen. Und Schleswig-Holstein ist Vorreiter im Biolandbau geworden. In keinem anderen Bundesland sind die Bedingungen für die Biobauern

besser als im nördlichsten Bundesland. Bioprodukte aus dem Norden sind zum Exportschlager geworden.

Welches ist Ihr Lieblingsbuch?

Ich mag alle Bücher, die mit Seefahrt zu tun haben. Meine Favoriten unter anderem: "Das Rätsel der Sandbank" (Childers), "Wir Ertrunkenen" (Jensen, Sonnenberg), "Schiffsmeldungen" (Proulx) und "Tiefe" (Mankell).

Welches ist Ihr Lieblingslied?

"Sheena Is A Punk Rocker" (The Ramones)

Was ist Ihr Leibgericht?

Das Landesverfassungsgericht – wegen seines Neuwahlurteils

Welches ist Ihr Lieblingsspiel oder -sport?

Segeln in jeder Form und auf jede Art und Weise

* * *

DER LANDTAG
SCHLESWIG-HOLSTEIN



Wann und warum haben Sie sich für Ihre Partei entschieden?

Bereits als 17-Jähriger war ich in meinem damaligen Wohnort Barsbüttel Gründungsmitglied des Grünen Ortsverbands. Später sind meine Partei und ich allerdings mehrere Jahre getrennte Wege gegangen. Seit 2004 bin ich Mitglied des Grünen Kreisverbands Kiel. An den Grünen hat mich immer fasziniert, dass fast jedes Mitglied ein 'Herzblutthema' hat, für das er oder sie begeistert streitet.

Welches ist das vordringlichste Ziel Ihrer politischen Arbeit?

Als netzpolitischer Sprecher setze

Kurz notiert - Personalien -

Serpil Midyatli, SPD-Abgeordnete aus Kiel, wurde auf dem Landesparteitag Anfang Februar in Lübeck auf Platz zwei der Landesliste für die Landtagswahl am 6. Mai nominiert. Sie ist damit das am höchsten positionierte aktuelle Landtagsmitglied. Midyatli erhielt 164 von 191 Stimmen. Auf Listenplatz eins rangiert der Kieler Oberbürgermeister **Torsten Albig**. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende **Ralf Stegner** belegt den dritten Platz. Auf den weiteren Listenplätzen folgen unter anderem 15 aktuelle und ehemalige Landtagsabgeordnete.

Wolfgang Kubicki, FDP-Fraktionschef, führt bei der Wahl im Mai erneut die Landesliste der Liberalen an. Er erhielt auf einem Landesparteitag in Neumünster Ende Januar 188 von 199 Stimmen. Zehn weitere derzei-

tige und ehemalige Abgeordnete der FDP bewerben sich außerdem über die Landesliste um ein Mandat im Landtag.

Antje Jansen, Fraktionsvorsitzende der Linken, ist Spitzenkandidatin ihrer Partei für die Landtagswahl. 70 von 92 Delegierten wählten Jansen auf dem Parteitag Ende Januar in Neumünster auf Listenplatz eins. Hinter Jansen stehen drei weitere Mitglieder der Linken-Fraktion erneut auf der Landesliste für die Wahl im Mai.

Angelika Volquartz, CDU-Landtagsabgeordnete von 1992 bis 1998, ist von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) Ende Januar in Kiel mit dem Verdienstorden des Landes Schleswig-Holstein geehrt worden. Sie erhielt die Auszeichnung für ihr politisches und soziales Engagement. Volquartz war nach ihrer Zeit im Landtag auch Bundestagsabgeordnete sowie Kieler Oberbürgermeisterin.

Impressum

Herausgeber: Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion: Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 7121, 24171 Kiel
Annette Wiese-Krukowska (verantwortlich), Tel.: 0431/988-1116, E-Mail: awk@landtag.lth.de
Detlef Ziep, Tel.: 0431/988-1527, E-Mail: detlef.ziep@landtag.lth.de
Karsten Blaas, Tel.: 0431/988-1125, E-Mail: karsten.blaas@landtag.lth.de
Melanie Walfort, E-Mail: melanie.walfort@landtag.lth.de

Fotos: M. August, T. Eisenkrätzer, grafikfoto.de (S. 10, 13), Landwirtschaftskammer S-H (S. 14), W. Mahnkopf (S. 16), A. Morlok/pixelio.de (S. 8), R. Simon, rntvnews/U. Strait (S. 16), B. Sterzl/pixelio.de (S. 7), C. Vinnen (S. 5), M. Walfort, D. Ziep

Satz, Grafik und Druck:

Schmidt & Klauinig, Medienhaus Kiel, Ringstr. 19, 24114 Kiel

Bezug der Landtagszeitung: (Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Öffentlichkeitsarbeit, L108, Postfach 7121, 24171 Kiel oder Telefon: 0431/988-1163 (Fax: 988 -1119) oder E-Mail: bestellungen@landtag.lth.de

Die Zeitung erscheint zehnmal jährlich, jeweils wenige Tage vor jeder Plenartagung. Sie wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Hinweis: Die am Schluss der Artikel aufgeführten Drucksachen sind unter den angegebenen Nummern zu finden unter: www.sh-landtag.de in der Rubrik "Dokumente"

Internet: www.sh-landtag.de



Nr. 2/2012 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zutreffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen und korrigiert **zurücksenden an:**
Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
L108, Postfach 7121, 24171 Kiel

Dank für Dienst an der Gesellschaft

Sie stellen sich in den Dienst des Landes oder setzen sich ehrenamtlich für ihre Mitmenschen ein, sie arbeiten in der Bundeswehr, bei Polizei und Feuerwehr, engagieren sich im Zivil- und Katastrophenschutz oder als Bundesfreiwilligendienstler in sozialen Einrichtungen. Ende Januar dankte der Landtag den zivilen und militärischen Einsatzkräften in Schleswig-Holstein für ihren Dienst an der Gesellschaft mit einem traditionellen Empfang in Kiel.



NDR-Moderator Andreas Schmidt (mit Mikrofon) talkt mit Einsatzkräften

„Wir alle wissen, dass das gute Miteinander und die menschliche Wärme in einer Gesellschaft nicht alleine von staatlichen Transferleistungen abhängen. Sie leben auch und vor allem von der Bereitschaft der Menschen, sich füreinander einzusetzen, sich zu helfen und einander beizustehen“, betonte der Landtagspräsident.

Heute sei es nicht selbstverständlich, sich in den Dienst seines Landes und seiner Mitmenschen zu stellen. „Für unsere Gesellschaft sind Sie Vorbild, und dafür gebühren Ihnen Anerkennung und Dank“, würdigte Geerds die Helfer. „Denn Sie haben sich zumindest für eine gewisse Zeit für einen eher unbequemen Lebensweg entschieden“.

Ohne das Engagement „uneigennützig denkender Bürgerinnen und Bürger ist kein Staat zu machen“, sagte Landtagspräsident Torsten Geerds vor 270 Gästen. Ihr persönlicher Einsatz und ihr uneigennütziges Engagement sei daher „unverzichtbar in unserem Zusammenleben“.

Islamismus in Deutschland

Unter dem Titel "Die missbrauchte Religion. Islamisten in Deutschland" steht eine Wanderausstellung, die die Landeszentrale für politische Bildung und das Landesamt für Verfassungsschutz vom 15. bis 29. März im Kieler Landeshaus zeigen. Außerdem laden die Veranstalter am 20. März um 18.30 Uhr zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema "Islamkritik oder Islamophobie? Wenn die Grenzen verschwimmen" ein.

Die Wanderausstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz möchte „sachlich, differenziert und anschaulich“ über Islamismus in Deutschland aufklären. Die Besucher können sich in mehreren Stationen anhand von Texten, Bildern und multimedialen Darstellungen über die verschiedenen Erscheinungsformen, Ziele und Aktivitäten islamistischer Organisationen im Land informieren.

Zur Eröffnungsveranstaltung am 14. März um 18.30 Uhr sprechen nach der Begrüßung durch Landtagspräsident Torsten Geerds Innenminister Klaus Schlie (CDU), der stellvertretende Abteilungsleiter Verfassungsschutz Schleswig-Holstein, Joachim Albrecht sowie Folker Schweizer, Referatsgruppenleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz.

Gruppen oder Oberschulkurse ab Sekundarstufe II, die die Ausstellung besuchen möchten, werden gebeten, sich bis zum 2. März anzumelden. Anmeldungen für die Eröffnung bis zum 9. März unter Telefon: 0431-988/5937 oder Mail: info@lpb.landsh.de

Die Ausstellung ist unter fachkundiger Betreuung montags bis donnerstags von 10:00 bis 18:00 Uhr und freitags von 9:00 bis 12:00 Uhr im Landeshaus zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Weitere Informationen im Internet: www.politische-bildung-sh.de oder: www.verfassungsschutz.schleswig-holstein.de

Gedenken an Holocaust-Opfer

67 Jahre nach der Befreiung des NS-Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 haben der Landtag, die Landeszentrale für politische Bildung und die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen in einer zentralen Gedenkveranstaltung an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert.

Die Mordserie der rechtsextremen Zwickauer Terrorzelle zeige auf bittere Weise, „dass das Gespenst des Antisemitismus, des Rassismus und des Faschismus noch immer lebendig ist – und dies in einer Generation, die den Krieg und den Holocaust nicht mehr selbst erlebt hat“, sagte Landtagspräsident Torsten Geerds bei der Feierstunde im Kulturzentrum Hohes Arsenal in Rendsburg.

Resignation sei an einem solchen Tag aber nicht angebracht, meinte Geerds. Zwar seien es vor allem junge Menschen, die in rechtsextremistischen Kreisen Anerkennung und

Halt suchten. „Aber es sind ungleich mehr junge Menschen in unserem Land, die das nicht tun“, die Fragen stellten, Antworten suchten und die nicht vergessen wollten. Denn sie wüssten, dass das Erinnern wichtig für ihre Zukunft ist.

Bei der zentralen Gedenkfeier, die aufgrund des jüdischen Ruhetages Sabbat schon einen Tag vor dem offiziellen Gedenktermin stattfand, las unter anderem der Schriftsteller Reinhard Großmann aus seinen Texten über das Ghetto in Łódź, in dem der Bruder seines jüdischen Großvaters ermordet worden war.

Auch die Landtagsabgeordneten gedachten zu Beginn der Plenarsitzung am 27. Januar der Opfer der NS-Terrorherrschaft in einer Schweigeminute.



Nach der Veranstaltung im Kulturzentrum Hohes Arsenal legten Landesrabbiner Walter Rothschild, Landtagspräsident Geerds und Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner (von rechts) einen Kranz an der Gedenkmauer des Jüdischen Museums in Rendsburg nieder.